



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 27. Juli 2018

Nummer 30

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	209	149	Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	212
147 Verlust eines Dienstsiegels	209			
148 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck über die Errichtung eines Teilstandortes der Havixbecker Anne-Frank-Gesamtschule in Billerbeck	209			

Hinweis:

Dieser Ausgabe liegt kein Öffentlicher Anzeiger bei.

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

147 Verlust eines Dienstsiegels

Bezirksregierung Münster Münster, den 16. Juli 2018
- Dezernat 48 -

Das Dienstsiegel der Wieschhofschule, Katholische Grundschule der Stadt Olfen, mit dem Text: „Wieschhofschule Olfen Kath. Grundschule und der Darstellung des Landeswappens“ ist in Verlust geraten. Das in Verlust geratene Dienstsiegel wird hiermit für ungültig erklärt.



Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 209

148 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck über die Errichtung eines Teilstandortes der Havixbecker Anne-Frank-Gesamtschule in Billerbeck

Die Gemeinden Havixbeck und die Stadt Billerbeck haben gem. §§ 1 und 23 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) vom 01.10.1979 i. V. m. § 78 Abs. 8 des Schulgesetzes (SchulG NRW) vom 15.02.2005, jeweils in den zurzeit geltenden Fassungen, sowie der Beschlüsse der Räte der Gemeinden Havixbeck und der Stadt Billerbeck vom 05.07.2018 folgende Vereinbarung getroffen:

Präambel

Zur Sicherstellung und Weiterentwicklung eines ortsnahen Schulangebots haben die Räte der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck beschlossen, in Billerbeck einen Teilstandort der Anne-Frank-Gesamtschule Havixbeck zu errichten und den Hauptstandort Havixbeck um diesen Teilstandort Billerbeck zu erweitern. Für die Schulform der

Gesamtschule wird damit ein gemeinsames und nachhaltiges Schulangebot geschaffen. Das bisherige Schulangebot der Anne-Frank-Gesamtschule der Gemeinde Havixbeck im Bereich der Sekundarstufen I und II bildet das Fundament der interkommunalen Zusammenarbeit. Für die AFG werden die bisherigen Schulräume der Gesamtschule Havixbeck sowie sukzessive die Schulräume der auslaufenden Geschwister-Eichenwald-Schule Billerbeck am Standort in Billerbeck genutzt. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten werden durch die nachfolgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geregelt.

§ 1 Übertragung der Aufgaben und Mitwirkungsrechte

(1) Die Gemeinde Havixbeck ist Schulträgerin der Anne-Frank-Gesamtschule.

(2) Mit Beginn des Schuljahres 2018/2019 wird die Anne-Frank-Gesamtschule Havixbeck nach Genehmigung der Bezirksregierung Münster um einen Teilstandort in der Stadt Billerbeck erweitert und an zwei Standorten geführt. Hauptstandort ist Havixbeck, Teilstandort ist Billerbeck.

(3) Die Stadt Billerbeck überträgt insofern ihre Aufgaben als Schulträgerin gemäß § 78 Abs. 8 Satz 2 SchulG NRW i. V. m. § 23 Absatz 1, 1. Alternative, Absatz 2 Satz 1 GkG NRW auf die Gemeinde Havixbeck.

(4) Die Gesamtschule Havixbeck führt, vorbehaltlich der hierfür rechtlich erforderlichen Maßnahmen, nach ihrer Erweiterung die Bezeichnung „Anne-Frank-Gesamtschule Havixbeck-Billerbeck“. Im Folgenden wird sie „AFG“ genannt.

(5) Die „AFG“ wird als gebundene Ganztagschule gem. § 9 Abs. 1 SchulG geführt.

(6) Die Gemeinde Havixbeck hat die Stadt Billerbeck in alle Entscheidungen, die sie als Schulträgerin der AFG trifft, in folgender Weise mit einzubeziehen:

(a) In Bezug auf Entscheidungen, die lediglich den Sekundarbereich I am Hauptstandort Havixbeck betreffen, steht der Stadt Billerbeck ein Recht auf Information und Stellungnahme zu.

(b) Maßnahmen, die beide Schulstandorte betreffen oder auf die gesamte Schule Auswirkungen haben, trifft die Schulträgerin im Einvernehmen mit der Stadt Billerbeck. Hierzu zählen insbesondere schulorganisatorische Maßnahmen, wie z. B. die Beteiligung nach § 61 SchulG an der Bestellung der Schulleiterin/des Schulleiters oder Schulbau- und Schulunterhaltungsmaßnahmen für die Oberstufe mit erheblicher finanzieller Bedeutung.

(c) Entscheidungen (z.B. Änderung der Zügigkeit), die nur den Teilstandort Billerbeck betreffen, können nur mit Zustimmung der Stadt Billerbeck getroffen und umgesetzt werden.

§ 2 Bildung von Eingangsklassen

(1) Die AFG wird gem. § 83 Abs. 5 Satz 2 SchulG NRW in vertikaler Gliederung geführt; d.h. die Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I werden sowohl am Haupt- als auch am Teilstandort unterrichtet.

(2) Die AFG wird zunächst im Sekundarbereich I = 6-zügig eingerichtet. Der Hauptstandort unterhält vier Züge, der Teilstandort mindestens zwei Züge. Änderungen bleiben vorbehalten.

§ 3 Organisation und Standorte

(1) Als Schulträgerin ist die Gemeinde Havixbeck gemäß § 79 SchulG NRW verpflichtet, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen, zu unterhalten und das für die Schulverwaltung notwendige Personal und eine am allgemeinen Stand der Technik und Informationstechnologie orientierte Schulausstattung zur Verfügung zu stellen.

(2) Von der in Absatz 1 genannten Verpflichtung stellt die Stadt Billerbeck die Gemeinde Havixbeck in Bezug auf den Teilstandort in Billerbeck vollumfänglich frei, indem sie die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Voraussetzungen im Sinne des Absatzes 1 genannten Maßgaben bereitstellt, unterhält und betreibt und das für die Schulverwaltung und Mensa notwendige Personal (z.B. Schulsekretärinnen/-sekretäre, Hausmeisterinnen/-meister, Küchenkräfte, Reinigungskräfte) und eine wie oben erläuterte Sachausstattung zur Verfügung stellt, als wäre sie selbst Schulträgerin. Am Hauptstandort Havixbeck wird der Schulkomplex der AFG und am Teilstandort Billerbeck der Schulkomplex der auslaufenden Gemeinschaftsschule zur Verfügung gestellt. Notwendige Investitionen an den Standorten tragen die Kommunen in Eigenverantwortung.

(3) Die Schulverwaltung erfolgt durch die Schulträgerin Gemeinde Havixbeck. Eine Kostenerstattung durch die Stadt Billerbeck erfolgt gemäß der noch zu erstellenden Durchführungsvereinbarung.

(4) Die personelle Besetzung der Schulsekretariate und der Mensen erfolgt durch die jeweiligen Standortkommunen.

(5) Die Stadt Billerbeck ist für die Einhaltung der Verkehrssicherungspflichten am Teilstandort verantwortlich. Von Ansprüchen Dritter, die gegebenenfalls gegen die Gemeinde Havixbeck als Schulträgerin gerichtet sind, stellt die Stadt Billerbeck die Gemeinde Havixbeck frei.

(6) An beiden Standorten wird ein Mensabetrieb mit Mittagsverpflegung vorgehalten. Für den Mensabetrieb ist jeweils die Standortkommune in eigenem Namen verantwortlich.

(7) Soweit Schulsozialarbeit von den Standortkommunen organisiert und finanziert wird, sind jeweils die Kommunen in eigenem Namen verantwortlich.

(8) Die den Unterricht begleitenden Angebote sollen in Qualität und Quantität vergleichbar bzw. aufeinander abgestimmt sein.

(9) An beiden Standorten gibt es Kooperationen mit Schulen von Partnerstädten und den Musikschulen vor Ort; in Billerbeck mit der kommunalen Musikschule Coesfeld-Billerbeck-Rosendahl, in Havixbeck mit der Musikschule Havixbeck. Beide Kommunen begrüßen eine Fortführung dieser Kooperationen.

§ 4 Kostenträgerschaft

(1) Die Finanzierung der AFG erfolgt ab dem Schuljahr 2024/2025 nach den Maßgaben des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG).

(2) Für den Sekundarbereich I wird dieser Finanzierungsanteil in der Form erbracht, dass die Gemeinde des jeweiligen Standortes der Sekundarstufe I ihren Standort auf eigene Kosten und, soweit rechtlich zulässig, auf eigene Rechnung führt. Die Stadt Billerbeck ersetzt der Gemeinde Havixbeck die Kosten derjenigen Maßnahmen am Standort Billerbeck, welche nur von der Schulträgerin unternommen werden können.

(3) Die Aufteilung der Kosten und der Schüleransätze nach dem GFG gilt ab dem Schuljahr 2024/2025, wenn der Standort Billerbeck der AFG vollständig mit 6 Jahrgängen aufgebaut ist. Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt eine prozentuale Aufteilung entsprechend der nach dem GFG ermittelten Schülerinnen/Schüler der Sekundarstufe I an den jeweiligen Standorten für jedes Schuljahr neu. Investitionen in die Oberstufe bzw. gemeinsame Einrichtungen werden bereits ab dem Schuljahr **2022/2023** über eine Beteiligung der Stadt Billerbeck gemäß der Durchführungsvereinbarung an den Abschreibungen finanziert. Die Kosten des laufenden Betriebs der Oberstufe werden hierbei ebenso ab dem Schuljahr 2022/2023 berücksichtigt und in der Durchführungsvereinbarung festgelegt.

(4) Für den Fall der Ermittlung der Schülerinnen-/Schülerzahlen bzw. Klassenzahlen gilt gemäß GFG grundsätzlich der alljährliche Stichtag der Schulstatistik (derzeit 15.10.) des Schuljahres.

(5) Die Kosten und die Antragsbearbeitung für die Schülerinnen-/Schülerbeförderung, Hin- und Rückfahrt am Morgen und am Nachmittag, verbleiben im eigenen Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Kommune. Die Kosten der Fahrten zum Zwecke innerschulischer Maßnahmen (gemeinsame Veranstaltungen, Unterricht/Sport/AG etc.) werden zwischen den Kommunen hälftig aufgeteilt. Genauere Modalitäten werden in der Durchführungsvereinbarung geregelt.

(6) Über die der Schulträgerin im Sinne dieser Vereinbarung entstehenden Kosten erstellt die Gemeinde Havixbeck eine jährliche Abrechnung für das vorherige Haushaltsjahr, welche zugleich die Endabrechnung für das Vorjahr und die Basis für die zukünftigen monatlichen Abschlagszahlungen darstellt. Bis spätestens zum 31.03. des laufenden Haushaltsjahres soll die Abrechnung erfolgen. Die Gemeinde Havixbeck stellt der Stadt Billerbeck die Kostenabrechnung und die Kostenaufteilung zwecks Prüfung zur Verfügung.

(7) Die Erträge, die den beiden Kommunen als Zuweisungen (vermindert um hierauf ggfs. zu zahlende Umlagen), Erstattungen usw. für den Bereich der Sekundarstufe I der AFG zufließen, werden entsprechend dieser Vereinbarung auf beide Kommunen umgelegt.

(8) Erträge nach Ziffer 8, die nicht direkt an die Stadt Billerbeck gewährt werden können, werden von der Gemeinde Havixbeck an die Stadt Billerbeck weitergeleitet.

(9) Soweit Aufwendungen nicht eindeutig einem Standort zuzuordnen sind, werden diese entsprechend dieser Vereinbarung aufgeteilt.

(10) Konkrete Zuständigkeiten, Arbeitsverteilungen und Kostenzuordnungen werden in einer separaten Durchführungsvereinbarung geregelt.

§ 5 Vermögensauseinandersetzung

Eine Vermögensauseinandersetzung findet nicht statt. Durch diese ÖRV bleiben das Vermögen der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck unangetastet.

§ 6 Gesamtschulausschuss der Kommunen

(1) Durch einen Gesamtschulausschuss wirken die Kommunen bei allen Maßnahmen mit, die schulorganisatorisch, finanziell oder personell für die AFG von besonderer Bedeutung sind. Zu den Aufgaben des Gesamtschulausschusses gehören insbesondere:

- a) Vorberatung der Haushaltsansätze für die AFG,
- b) Einsicht in die Kostenaufteilung und -abrechnung,
- c) Vorberatung im Rahmen der Bestellung oder Abberufung von Schulleitungen,
- d) Standards die beiden Standorte der Sekundarstufe I betreffend.

Zur Wahrnehmung seines Mitwirkungsrechts erhält der Gesamtschulausschuss von der Schulträgerin und der Stadt Billerbeck die erforderlichen Informationen und gibt Empfehlungen ab.

(2) Der Gesamtschulausschuss setzt sich zusammen aus den Bürgermeistern, den Vorsitzenden der zuständigen Ausschüsse sowie drei weitere Ratsmitglieder der Kommunen und aus höchstens zwei Vertreterinnen/Vertretern der Schulleitung.

(3) Der Gesamtschulausschuss tagt mindestens zweimal jährlich sowie auf Antrag einer Kommune oder der Schulleitung.

(4) Der Gesamtschulausschuss ist kein Schulausschuss im Sinne des § 85 SchulG.

§ 7 Dauer der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung/ Kündigung

(1) Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Kündigung hat schriftlich gegenüber dem anderen Vertragspartner zu erfolgen. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre zum Schuljahresende. Die Kündigung kann sich nur auf die Bildung neuer Eingangsklassen beziehen.

(2) Die zum Zeitpunkt der Kündigung gebildeten Klassen sind bis zum Erreichen des angestrebten Schulabschlusses unter den in dieser Vereinbarung getroffenen Regelungen fortzuführen. Die Vereinbarung endet mit der Einstellung des Schulbetriebes an einem Teilstandort

(3) Im Falle einer Kündigung dieser Vereinbarung stehen den Beteiligten mit Ausnahme der eventuell weiterzuleitenden GFG-Mittel nach Beendigung dieser Vereinbarung keine Ausgleichsansprüche zu.

(4) Die Kosten für das dann auslaufende Schulmodell werden bis zur Beendigung des letzten gemeinsamen Jahrgangs weiterhin nach Maßgabe des § 4 der Vereinbarung getragen.

§ 8 Nachbesserungen/Streitigkeiten

(1) Die Vertragsparteien sind sich bewusst, dass im Rahmen der Bildung des neuen Teilstandorts in Billerbeck noch

nicht alle Punkte der Zusammenarbeit abschließend geregelt werden können. Sollten aus dem laufenden Betrieb heraus Ergänzungen oder Nachbesserungen dieser Vereinbarung oder der Durchführungsvereinbarung erforderlich werden, so erklären die beteiligten Kommunen hierzu ihre grundsätzliche Bereitschaft.

(2) Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform und werden der Aufsichtsbehörde angezeigt.

(3) Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung werden von den Kommunen gütlich durch offene Aussprache geregelt. Hierbei ist besonders das Wohl der Schülerinnen/Schüler zu berücksichtigen. Bleibt die Aussprache ergebnislos, so ist gemäß § 30 GkG die Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle einer unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung zu treffen. Entsprechendes gilt für Regelungslücken in der Vereinbarung.

§ 10 Inkrafttreten

Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde gem. § 24 GkG NRW i.V.m. § 78 Abs. 8 SchulG NRW. Sie tritt am Tage nach der Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde in Kraft.



Havixbeck, den 12.07.2018
für die Gemeinde Havixbeck



Billerbeck, den 12.07.2018
für die Stadt Billerbeck


Bürgermeister


Bürgermeisterin

Genehmigung

Gem. § 24 Abs. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) vom 01.10.1979 in Verbindung mit § 78 Abs. 8 S. 2 des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW) vom 15.02.2005, jeweils in den zurzeit geltenden Fassungen, genehmige ich im Einvernehmen mit dem Landrat des Kreises Coesfeld als untere staatliche Verwaltungsbehörde die öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck über die Errichtung eines Teilstandortes der Havixbecker Anne-Frank-Gesamtschule in Billerbeck, beschlossen von den Räten der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck in ihren Sitzungen am 05.07.2018

Münster, den 19. Juli 2018

Bezirksregierung Münster
48.02.01.01-026/2017.0013

Im Auftrag



Kock

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Havixbeck und der Stadt Billerbeck sowie meine Genehmigung werden hiermit gem. § 24 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit öffentlich bekannt gemacht.

Münster, den 19.07.2018

Bezirksregierung Münster
48.02.01.01-026/2017.0013

Im Auftrag



Koch

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 209-212

149 Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bezirksregierung Münster

Münster, 17. Juli 2018

Az.: 52-500-0636684/0004.G

Plangenehmigungsverfahren gemäß § 35 Abs. 3 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) in Verbindung mit § 16 BImSchG und § 19 Deponieverordnung (DepV)

Die Bottroper Entsorgung und Stadtreinigung - Anstalt für öffentliches Recht (BEST AöR), Mozartstr. 2, 46240 Bottrop - betreibt an ihrem Standort Donnerberg am Südring 73 in Bottrop einen Recyclinghof. Das Grundstück liegt in der Gemarkung Bottrop (055130), Flur 125, Flurstück 421.

Hinsichtlich der Erteilung einer Genehmigung zur Änderung des Recyclinghofs mit Umlade- und Sortierzentrum auf der Deponie Bottrop Donnerberg hat die BEST AöR einen Antrag auf Plangenehmigung gemäß § 35 Abs. 3 KrWG gestellt.

Gegenstand des Antrages vom 25.06.2018 ist die Neustrukturierung der Betriebseinheiten inkl. einer Zuordnung der

Abfälle zu den vorhandenen Lagerflächen sowie die Optimierung des Abfallannahmekataloges.

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVPG**) stellt die zuständige Behörde auf Grundlage geeigneter Angaben des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen unverzüglich fest, dass nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP- Pflicht) besteht oder nicht.

Sofern eine Vorprüfung vorgenommen wurde, gibt die zuständige Behörde, die Feststellung, ob eine UVP-Pflicht besteht oder nicht, der Öffentlichkeit bekannt.

Für die von der BEST AöR beantragten Änderungen war gemäß § 9 Abs. 2 UVPG allgemeine Vorprüfung durchzuführen. Hierbei berücksichtigt die zuständige Behörde gemäß § 7 Abs. 5 UVPG, ob **erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen** durch Merkmale des Vorhabens oder des Standortes oder durch Vorkehrungen des Vorhabenträgers (Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen) offensichtlich ausgeschlossen werden.

Die allgemeine Vorprüfung wird gemäß § 7 Abs. 1 UVPG als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in **Anlage 3** des UVPG aufgeführten Kriterien durchgeführt.

Im Rahmen der von mir zu den Vorhaben der BEST AöR durchgeführten Vorprüfung habe ich festgestellt, dass eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als unselbständiger Teil des abfallrechtlichen Genehmigungsverfahrens nicht besteht, weil erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch die von der BEST AöR beantragten Änderungen nicht zu besorgen sind.

Vorstehende Feststellung, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleiben kann, wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG bekanntgegeben; die Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez. Andreas Koch

Abl. Bez.Reg. Mstr. 2018 S. 212

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Eine Information der Landesregierung

Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster